

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'sche Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich A. Ström in Neuenbürg.

Wagelpreis:
Wagelpreis in Neuenbürg 50 Wagelpreise. Durch die Post im Ort- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen Inland. Bezugspreis 50 Wagelpreise m. Postgebühr.
Preis freibleibend, Wucherung vorbehalten.
Preis einer Nummer 120 Wagelpreise.
In Fällen von außerordentlichem Bedarf kann die Post auf Verlangen der Zeitung oder auf Wiederholung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler in Neuenbürg entgegen, die den Auftrag jederzeit entgegen.
Direktion Nr. 24 bei der C. Nech'sche Buchdruckerei.

Kugelpreis:
Die einseitige Beilage ab dem 1. Januar 1924. Die Beilage ist einseitig mit der Beilage des Enztälers verbunden. Die Beilage ist einseitig mit der Beilage des Enztälers verbunden. Die Beilage ist einseitig mit der Beilage des Enztälers verbunden.
Bei größeren Aufträgen entwerfen wir Ihnen, der im Falle des Abbestellens einseitig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Bestimmungen außer Kraft.
Herausgeber Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird telefonischer Beleg übernommen.

Nr. 26.

Neuenbürg, Donnerstag, den 31. Januar 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 30. Jan. Der sozialdemokratische Parteitag wird nunmehr definitiv am 30. März in Berlin stattfinden. Die Eröffnung erfolgt durch Crispian, den Führer der geschlossenen Opposition. Ueber die Arbeiten der Reichstagsfraktion wird Hermann Müller berichten. Das Referat über das sehr aktuelle Thema „Sozialdemokratie und Wahlen“ soll Disziplin halten. Ueber „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ wird wahrscheinlich Karl V. sprechen. Der Parteivorsitz hat, wie der „Vorwärts“ erzählt, eine Entschließung über die sofortige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes angenommen.

Minister Holz über die Lage.

Die Zentrumspartei hielt am Sonntag in Aalen eine Versammlung ab. Minister Holz sprach über die allgemeine politische Lage, erörterte besonders den Achtstundentag und kam zu dem Resultat, daß die Schatten des verlorenen Krieges nur durch Mehrarbeit und Mehrproduktion ausgeglichen werden können. Nicht jedes einzelnen sei, mehr zu arbeiten, um leben zu können, und die Ernte: Mehrarbeit und Mehrproduktion. Um den Bauernstand zu erhalten, werde es notwendig sein, daß die Hölle und das Veteildemonopol wieder eingeführt werden. Auch nahm er Stellung zu der Frage der Ankerung und der derzeitigen Wohnungsknotens. Das Zentrum werde für Verlesung des Raumgesetzes seine ganze Kraft einbringen. Kurz nach wurde der Beamtenstand und die nach der Revolution begangenen Fehler bezüglich des Beamtenstandes besprochen. Bei der Auflösung des Beamtenkörpers fände er sich frei von Schade, da er überall und bei jeder Gelegenheit seine warnende Stimme erhoben habe. In der Diskussion wollte eine Resolution alle nach der Revolution erlassenen Bestimmungen, insbesondere auch das Jugendamt, beseitigt werden. Bezüglich des Lehrers wurde ihm von Minister Holz erwidert, daß gerade die Jugendämter zu denjenigen Behörden zählten, die dem Staate mehr nützen als kosten und daß diese deshalb, wie z. B. auch die Handwerkerämter, vom Abbau verschont bleiben müßten.

Zum Abbau der Bezirksverwaltungen
Erhält der „Schwäbische Kurier“ von Rechtsanwalt Dr. Eljete, Reibingen a. U., eine Judikatur, aus der wir, soweit nicht schon wiederholt, noch folgendes entnehmen:

Die Rechtfertigung für diese Absichten wäre gegeben, wenn dadurch wesentliche Ersparnisse geschäffelt würden. Dies ist aber zweifellos nicht der Fall. Zwar mögen nach der persönlichen Seite hin eine Anzahl von Beamten erübrigt werden können. Es ist aber mit Sicherheit damit zu rechnen, daß dies nur vorübergehend sein wird. Die Tendenz der neuen Verfassung in Richtung auf Zentralisierung und Verwahrung geht mit Recht dahin, die Zuständigkeiten der Bezirksinstanzen zu erweitern. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte ist im Zivil- und Strafbereich in unerhörtem Ausmaß erweitert worden. Mit der Abschaffung der Kreisregierungen, die schon seit über einem Jahrzehnt von allen Parteien und von der Regierung dringend verlangt und ausgefordert worden ist, wird die Zuständigkeit der Oberämter eine ganz wesentliche Erweiterung erfahren. Das wohl demnach zu erwartende Zuständigkeitsgleich wird das Räuber darüber regeln. Es liegt hiernach auf der Hand, daß die Mehrbelastung mit Aufgaben eine entsprechende Vermehrung der Beamtenzahl notwendig macht. Nimmt man hinzu, daß nach dem Plan der Regierung der deutsche Umkreis der Bezirksverwaltungen, die schon derzeit wohl ausnahmslos voll beschäftigt sind, wesentlich erweitert werden soll, daß also die zu erledigenden Geschäfte auch dadurch schon an Zahl und Umfang erheblich zunehmen, so wird festzustellen werden müssen, daß jeder neue Verwaltungsbezirk einen Zuwachs von Beamten bekommen muß, der den Ersparnissen auf der anderen Seite wahrscheinlich die Wage hält. Gewiß wird mit der Verminderung der Zahl der Bezirksbehörden die Zahl der Bezirksvorstände (Oberamtspräsidenten, Oberamtmänner usw.) entsprechend vermindert. Allein es ist ganz undenkbar, daß die Beförderungsbedürfnisse der Beamten auf die Dauer in diesem Maß beschnitten werden können. Wirttemberg hat sich von jeher durch eine bis an die Grenze des Ertragsfähigen gehende Sparmaßnahme auszeichnet. Es ist für mich kein Zweifel, daß schon in nächster Zeit eine große Zahl der zweiten und dritten Beamten auf „geborenen“ und dienstprechend besser bezahlte Stellen aufzuzählen müssen. Damit werden die Ersparnisse, die durch Ausschaltung einer gewissen Zahl von Spitzenstellen auf der einen Seite gemacht werden, von selbst wieder ausgeglichen.

Aber auch wenn tatsächlich Ersparnisse an Gehältern erzielt würden, so würden diese in weit höherem Maß wieder absorbiert durch die Mehrkosten, die eine wesentliche Vergrößerung der Oberamtsbezirke ganz von selbst mit sich bringt. Die Mehrkosten und Minder der Beamten vergrößern sich in dem Maß, in dem die einzelnen Bezirksorte von dem Sitz der Verwaltung entfernt sind. Die Bezirksbeamten, die doch mehr oder weniger regelmäßig auf dem Amt zu tun haben, müssen Mehrkosten an Zeit und Geld bringen, die die Jahresgehälter einer ganzen Anzahl von Beamten um ein Vielfaches übertreffen. So werden die tatsächlichen Ersparnisse? Zumal wenn man bedenkt, daß Neubauten und Umbauten durch die Vergrößerung oder Vergrößerung der Ämter unausbleiblich sind. Es ist hiernach mit Sicherheit damit zu rechnen, daß durch eine Vergrößerung der Oberamtsbezirke nicht bloß keine Ersparnisse gemacht werden, daß vielmehr weit unvorstellbare Mehrkosten entstehen, die Folge der geplanten Maßnahme sein werden. Es fällt also der einzige Grund, den die Regierung für ihre Maßnahmen ins Feld führen kann, restlos in sich zusammen. Auf der anderen Seite hätte die geplante Maßnahme für die davon betroffenen Oberamtsstädte unbeschreibliche Schäden und Nachteile im Gefolge. Das wirtschaftliche und finanzielle Bild der Bezirke, die durch die wirtt. Oberamtsstädte wäre gebrochen, wenn sie den Charakter als Amtsstadt verlieren würden. Ein gut Teil

wertvollen Mittelstandes, dessen Städte gerade in der nachrevolutionären Zeit die oberste Sorge einer Staatsregierung sein sollte, würde ins Proletariat gelassen. Die Steuerkraft dieser Städte würde dezimiert, was wiederum eine Schädigung der Staatsfinanzen zur Folge hätte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der größten Zahl der wirtt. Oberamtsstädte sind seit Jahrzehnten und Jahrzehnten auf den Charakter der Amtsstadt eingeschritten. Kommt nun die Komter heraus, so wird die Oberamtsstadt zu einem Provinziell; der Gewerbe, der Handelsstand würde zum großen Teil finanziell geradezu ruiniert. Ich lade die Regierung ein, sich durch persönliche Exkursionen in den Bezirkeinstädten draußen davon zu überzeugen, daß ich nicht übertrieben habe.

Man wende auch nicht ein, daß in andern Ländern die einzelnen Verwaltungsbezirke auch größer sind als bei uns. Zum Teil trifft dies gar nicht zu, und soweit dies zutrifft, sind die Verhältnisse dort teilweise anders als bei uns, teilweise sind dort die Bezirksverteilungen von Anfang an anders gewesen. Bei uns handelt es sich aber um schmerzliche Eingriffe in Verhältnisse, die geschichtlich geworden sind, um nicht zu sagen in wohlverdienten Rechte. Und endlich ist die Aufhebung der Amtsbezirke keineswegs eine so einfache Sache, daß sie aus dem Handgelenk mit einem Federstrich gemacht werden könnte. Die notwendig werdende Auseinandersetzung des Vermögens der bisherigen Amtskörperschaften und Gemeinden und der damit verbundenen und damit verbunden, daß zeitwendige und teilweise Arbeiten erforderlich würden, und daß Streitigkeiten und Verärgelungen auf Jahre hinaus nicht zu vermeiden wären. Ueberhaupt darf billig bezweifelt werden, ob das Ermächtigungsgesetz so ausgelegt werden darf, daß Maßnahmen von so einschneidender, lebenswichtiger Bedeutung, wie die gänzliche Umformung der Verwaltungsorganisationen Süddeutschlands, ohne Anhörung der Betroffenen, ohne verfassungsmäßige Zustimmung der gesamten berufenen Volksvertretung getroffen werden dürfen.

Auslieferung des Kommunisten Vogt durch die Schweiz.
Das eidgenössische Bundesgericht hat, nach einer Weisung aus Basel, entschieden, daß dem Verlangen der badischen Regierung um Auslieferung des seit November 1923 in Basel inhaftierten Kommunisten G. F. Vogt zu entsprechen sei. Vogt hatte sich an den Teuerungskomitee vom 18. September v. J. in Zürich und war auch an den Verhandlungen des internationalen Kaufmanns-Mayer beteiligt. Er machte geltend, daß es sich bei den Kravallen um eine politische Aktion gehandelt habe, weshalb er Anspruch auf ein Asyl in der Schweiz habe. Das Bundesgericht sprach sich aber mit sechs gegen eine Stimme dahin aus, daß es sich bei dem Vogt um kein politisches Vergehen in weit überwiegendem Maß um gemeine Verbrechen handle, für die ein Asylrecht nicht zutrifft. Gegen Vogt hat bekanntlich die Freiburger Strafkammer in den letzten Tagen schon ein Urteil gefällt.

Reise mit Hindernissen.
Der Entzug, mit welchem die Sachverständigen in Paris abgelehnt waren, ist nur bis Ende gekommen. Von da blieb der Zug in den Schwierigkeiten der Regie stehen, und die Ausschussmitglieder mußten mit ihren beiden Salomonen an den von Köln kommenden De-Jug angeschlossen werden. Der fahrplanmäßig kurz vor 10 Uhr am Bahnhof Friedrichstraße eintraf. Im ganzen sind, wie die „Völkische Zeitung“ ebenfalls feststellt, 46 Personen angekommen, darunter eine Reihe von Sekretären, Sekretarinnen und Hilfspersonal. Ein Mitarbeiter des „Berliner Volksboten“ hat von dem General Dames ein paar Worte erhalten können. Der General hat diesem Zeitgenossen die Hand geschüttelt und erklärt: „Ich hoffe, von dem Geist offener, freundschaftlicher Zusammenarbeit, welche ich bisher bei den Deutschen gefunden habe, auch eine Erleichterung meiner gewiß nicht leichten Aufgabe hier in Berlin finden zu können.“

Risiko der Eisenbahner-Abstimmung über den Streik.
Ueber das Resultat der Abstimmung unter den Mitgliedern des Deutschen Eisenbahnerverbandes über die Arbeitszeiterhöhung teilen die Blätter mit, daß durchschnittlich nicht einmal 50 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben. Jede große Einzelstunde ist daher von vornherein ausgeschlossen, weil mindestens 75 Prozent aller eingeschriebenen Mitglieder sich für den Streik hätten erklären müssen. Schätzungsweise hat jedoch nur ein Drittel der Verbandmitglieder für den Streik gestimmt. Sollte hier und da eine örtliche Bewegung aufkommen, so werde sie in ganz kurzer Zeit zusammenbrechen, zumal jeder Streikende sofort entlassen werden wird.

Der unverbesserliche deutsche Michel.
Die deutsche Regierung hat bei dem Verlust des geschlossenen deutschen Luftschiffes „Dinanden“ der französischen Regierung ihr Verleiden ausgebrochen. Die internationale Reichstagsfraktion richtete wegen dieses Schrittes eine Anfrage an die Reichsregierung und erhielt jetzt folgende Antwort: „Durch die unverbesserliche Erörterung der deutschen Verleidenklärung hinsichtlich des Unterganges der Beilage der „Dinanden“ hat dieser Akt einfacher diplomatischer Vorfälle eine Bedeutung erlangt, die ihm keineswegs zukommt. In Frankreich wurden der Untergang des Luftschiffes und seine Verleidenklärung als eine außerordentliche Katastrophe empfunden. Dies veranlaßte eine internationale Verleidenklärung von ungewöhnlichem Umfange, an der sich viele Staatsoberhäupter sogar unmittelbar beteiligten. Mit einem abweichenden Verhalten hätte die deutsche Politik den Anschein erweckt, als ob sie eine unfreundliche politische Aktion bezwecke. Unter diesen Umständen hielt es das auswärtige Amt für angebracht, darüberhinaus die rein menschlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen und dem Geschicksträger in Paris Anweisung zu geben, die Teilnahme der deutschen Regierung zu dem Verlust der Menschenleben bei dem Untergang der „Dinanden“ auszusprechen. Diese Er-

kärung erfolgte in der im zwischenstaatlichen Verkehr üblichen Form unter voller Wahrung der deutschen Würde. — Erwägt sich jemand, daß angesichts des Ausbruchs der französischen Banden, der in Deutschland als eine außerordentliche Katastrophe empfunden wurde, von irgend einem Staat „rein menschliche Gesichtspunkte in den Vordergrund“ gestellt und Deutschland Verleiden ausgebrochen worden wäre? Es wurden ja allerdings nur Deutsche, bei Krupp z. B. etwa ein Dutzend Arbeiter, mutwillig getötet, gemartert und ausgewiesen. Staatslosigkeit ist etwas Erdarmliches, wenn sie gegen die Ehre verstößt und die deutsche Ehre gebietet, den Franzosen offen Verachtung zu zeigen.

Auf Balken Rosen präpariert.

Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat sein Verleiden am Wilhelmplatz zu Berlin an das auswärtige Amt vermerkt. Um diese Verleiden handelt es sich jetzt in einem Prozesse, der das Berliner Landgericht und Kammergericht und neuerdings auch das Reichsgericht beschäftigt hat. Der oberste Obergericht hat dem Prinzen das Verleiden und den Verleiden und somit das Eigentumsrecht an seinem Verleiden zugesprochen. — Oberg sagt der „Berliner Volks-Anzeiger“: „Durch diese grundlegenden Entscheidung des Reichsgerichts ist dem preussischen Finanzminister jetzt das Recht und die Pflicht gegeben, dem Verleiden und eines Verleidenes unvollständigen Zustande ein Ende zu machen. Seit mehr als fünf Jahren ist das preussische Königsland dem rechtlosen Zustande der Enteignung verfallen und alle Verleiden, wenigstens die als zweifelhafte Verleiden anerkannten oder in den zahlreichen Prozessen rechtskräftig als solches festgestellten Verleiden freigegeben, überlassen an der Verleiden, daß hierüber nur auf gesetzlichem Wege entschieden werden könne. Nachdem das Reichsgericht mit dieser Verleiden in klarer Weise ausgeräumt hat, muß der Finanzminister pflichtgemäß darauf die unabweislichen Folgen absehen. Für den preussischen Steuerzahler wäre es allerdings angenehmer gewesen, wenn der Finanzminister nicht erst durch jahrelange Prozesse und Verleiden bis zur höchsten Instanz zu dieser rechtlichen Erkenntnis gelangt wäre.“

Reber Madrigale in Berliner Gymnasien.
haben denationalen Abgeordnete im preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „An den beiden Sammelstellen in Berlin-Moabit für Kinder, die vom Volksgenossenschaftsbezirk sind (240. und 254. Gemeindefschule), hat ein junger Lehrer mit völlig nackten Knaben und Mädchen bis zum Alter von 13 Jahren vor Eltern und Lehrern gemeinsam rühmlich-gymnastische Übungen vorgenommen. Ist dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dieser Vorgang bekannt? Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Wiederholung derartiger, allem Schamgefühl widersprechender Verleiden zu verhindern?“ Zu dem Standa wird weiter gemeldet: Der 25 Jahre alte Lehrer Koch in Moabit, der rühmliche Turnübungen unbekleideter Knaben und Mädchen veranstaltet hat, ist vom Dienst suspendiert worden, das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung ist gegen ihn eingeleitet. Koch hat solche Übungen auch mit Erwerblichen veranstaltet. Außerdem ist bekannt geworden, daß Jung- und unter ihnen Koch, und Junglehrerinnen in der Woche öfters zusammenkommen und gemeinsam unbekleidet derartige Übungen veranstalteten. Auch gegen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an diesen Zusammenkünften wird von der Verleiden eingeschritten werden. Die Leiter der Schulen — der sozialistische Rektor Buchholz und die sozialistische Direktorin Gerhardt — die die Erlaubnis zur Benutzung der Schulräume gegeben haben, werden ebenfalls eine Verleiden zu gewärtigen haben.

Ausland.

London, 30. Jan. MacDonald hielt in Ebsbürg eine Rede, in der er andeutete, daß die Arbeiterpartei noch jahrelang die Regierung führen werde. — Der „Manchester Guardian“ schreibt zum französisch-italienischen Vertrag, er weniger man an die Möglichkeit glaube, daß die Karte Europas dauernd ihr augenblickliches Aussehen behalte, umso weniger froh werde man auf die Allianz blicken, die zu dem Zweck geschlossen werden, daß diese Karte unverändert bleibe. Die wirkliche Gefahr dieses Vertrags liegt nicht in seinem Inhalt, sondern in seinem Geiste.

Der französische Wiederaufbau vor der Kammer.
Paris, 29. Jan. Die gestrige Kammerberatung befaßte sich in der Hauptsache mit dem sogenannten Wiederaufbau. Der Wiederaufbauminister Reibel mußte heftige Angriffe zumal vom Abgeordneten Ruybels über sich ergehen lassen. Auch Abgeordnete des Reichstages übten an der Geschäftsführung des Ministeriums scharfe Kritik. Im Laufe der Debatte, ergriff Minister Reibel denn das Wort zu einer längeren Rechtfertigung. Er sagte: Ich muß diese Beschuldigungen, die nicht nur mich, sondern auch alle Minister treffen, die seit 1918 das Wiederaufbauministerium verwalteten, zurückweisen (schäme Verleiden auf der äußersten Linken). Ich muß ausdrücklich versichern, daß keiner der Männer, die nacheinander das Wiederaufbauministerium verwalteten, sich um das Schicksal des Landes gebracht hat. Reibel machte dann sachliche Angaben und betonte, es habe sich nach Ausgange des Krieges darum gehandelt, im Wiederaufbau Frankreichs, zumal aus Rücksicht auf die industriellen Bedürfnisse, rasch fortzuschreiten. Er schreibe sich das Verdienst zu, die Reduzierung der angeordneten Kriegsschäden fast vollständig vorgenommen zu haben. Es sei ihm auf diese Weise gelungen, beträchtliche Ersparnisse zu machen. Ursprünglich hätte man mit 100 Milliarden Franken (!!) Schadenerschuldungen gerechnet. Durch eine Reduzierung sei es ihm aber gelungen, diesen Betrag auf 82 Milliarden (!!) zu verkleinern. Die meisten Schadenerschuldungen seien bereits. Zur Zeit komme es nur noch darauf an, solche, die sich auf 20-30 Milliarden belaufen, nachsprin-

Wiegefarten
mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert
C. Nech'sche Buchdruckerei, Inb. D. Strom.

Beständige Mark-Einlagen.
in die Wertbeständigkeit auf Rentenmark-Guthaben in mark 100.— an und mehr von
p. a.
bestens 1 Monat festgelegt

Bank Neuenbürg
J. m. b. H.

Unterzeichnete hat zu verkaufen
verkauften an ein älteres
einen erstklassigen, 4jährigen
Rotschimmel-Wallach,
der Garantie, geeignet für Säg-
berer.

Aggon Brennholz eingetauscht
drich Schorr,
hanssen bei Stuttgart,
telefon 271, Bauer.

H. M. „Rirn“.
Konto-Büchlein
empfehlen
C. Nech'sche Buchhandlung

ten. Meißel sagt hinzu, er habe noch mit Mindestansprüche zugeteilt. In habe überall gerichtliche Verfolgungen eingeleitet, jedoch mit ein Mißbrauch oder eine Unterbrechung mitgeteilt wurde. Es ist mir gelungen, von 500 Verurteilungen, gegen die ich Klage einreichte, 200 zur Verurteilung zu bringen. (Lebhaftes Zwischenrufen auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken.) Der Minister fordert die Kammer dann auf, einen Antrag anzunehmen, wonach sämtliche seit 1918 eingereichten Schadenersuchansprüche von einem Untersuchungsamt in vollem Umfang nachgeprüft werden sollen. Die Kammer legt die Beratung heute nachmittags fort.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderats-Sitzung vom 22. Januar.) In Anwesenheit der Geistlichen beider Konfessionen wurden Armenzinsen erledigt und dabei auch die für Neuenbürgs-Enthebungskosten eingegangenen Gelder verteilt. 11 Konfirmanden konnten mit einer Gabe von je 15 Mark bedacht werden.

Um für weitere Unternehmungen der Stadtgemeinde, wie Hofhandarbeit, Wohnungsbau, flüssige Mittel zu erhalten, wird die Frage erwogen, ob nicht das eine oder andere der Räte, Mietshäuser verkauft werden soll. Nach eingehender Beratung wird beschlossen, das sogenannte Segersche Haus auf dem Dammelacker an der Willibrodstraße im öffentlichen Ausschuss unter Leitung der Marktschreiberei zum Verkauf zu bringen. Die Hälfte des Kaufpreises ist sofort mit dem Zuschlag, die andere Hälfte 10 Wochen darauf zahlbar. Vorbehalt des Wiederkaufrechts wurde für diesen einzelnen Fall mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Bei der Beratung kam zum Ausdruck, daß die Stadt zwar in finanzieller Beziehung wohl kein glänzendes Geschäft machte, infolge der Krise nicht hinterher werde, einen gleichwertigen Neubau zu erstellen, daß jedoch dieser Weg die einzige z. B. vorhandene Möglichkeit darstelle, das Baugeschäft zu betreiben und damit der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu steuern.

Der Gemeinderat erteilt dem Vorsitzenden und Gemeinderat Einzelmann Vollmacht, gemeinschaftlich mit dem Bezirksrat die Vermietung des feierlichen Kommunalverbands-lagers zum Abbruch zu bringen.

Der Schulgeldauschlag für die auswärtigen Schülerinnen der Frauenarbeitschule wird zunächst für den laufenden Kurs um 7,50 Mark ermäßigt und Bezahlung in 3 Raten gestattet.

Die Uebergebungsgebühr für Gräber auf dem neuen Friedhof wird künftig wieder in der Vorkriegshöhe von 50 Goldmark erhoben. Die Gebühr für ein Familiengrab besteht aus 200 Goldmark fest.

Zum Schluß wurden noch Rechnungsachen, welche durch einen besonderen Ausschuss vorbereitet waren, erledigt, sowie eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten.

Neuenbürg, 22. Jan. (Vortrag über die Aufwertungsfrage.) Nach einem Dankeswort des Vorsitzenden für den anschließenden Vortrag und unter Hinweis darauf, daß es sich nicht bloß um die Aufwertung von Hypotheken, sondern um Aufwertung aller Forderungen handle, richtete der Vorsitzende die Frage an den Redner, wie es sich damit verhalte, nachdem die meisten Hypotheken längst abbezahlt worden sind und nur noch ein kleiner Teil fehlt. Da die Berechnung rückwirkende Kraft, so daß auch diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen schon zurückgehalten haben, eine Nachforderung verlangen können?

Der Hauptredner beantwortete diese Frage wie folgt: Das Prinzip ist klar. Jede Forderung muß aufgewertet werden, die nicht vollständig bezahlt wurde. Es ist eigentlich gar keine Aufwertung, vielmehr handelt es sich um eine richtige Bewertung, und da ist es gleichgültig, ob die Forderung aus 1906 oder 1923 ist. An Hand der Tabellen wird auf Grund des jeweiligen Dollarkurses festgestellt, wie hoch die Forderung zur Zeit der Ausgabe und wie hoch bei der Heimbezahlung war. Das Schief der Berechnung ist natürlich zwischen 0-100 Prozent, wobei auf die allgemeine Verschärfung des Schuldners in Rücksicht gesehen werden muß. Nur dann kann man nichts mehr machen, wenn man sich schon vorher vergewissert hat, wenn in Streit stand, und der Gläubiger hat sich mit einer prozentualen Abschlagssumme einverstanden erklärt. In diesem Falle haben sich beide Teile verglichen und gegenseitig nachgegeben. Wenn dagegen durch Urteil zwangsweise eine Lösung und Deckschlagung erfolgt, so kann man noch meiner Uebersetzung die Lösung anfechten. In diesem Falle ist zu raten, dem Schuldner zu schreiben, daß Aufwertung beantragt werde.

In der sich anschließenden Aussprache vertrat Oberamts-Präsident Kähler den Standpunkt, daß der Aufwertungsfrage alle Aufmerksamkeit zu schenken sei und man sehen müsse, wie man über die mannigfachen Schwierigkeiten hinwegkomme. In diesem Zusammenhang erwähnte er das Verhältnis der kleinen und mittleren Sparver zu den Kreditinstituten (Sparkassen, Darlehensbanken, Banken usw.) und kam zu dem Schluß, daß es für diese Kreditinstitute von recht nachteiliger Wirkung sein würde, wenn man diese Sparver leer ausgeben ließe. Diese Sparver werden im Falle eines Verzugs durch ihre Erbschaften nicht mehr zu den Kreditinstituten tragen und die Kreditinstitute können dann ihren Forderungen als solche nicht mehr gerechtfertigt werden. Die Sparver werden für Geld lieber behalten (was es allerdings auch der Besizer einer einzigen Einzahlung, des Diebstahls und der Verrentung ausgesetzt ist. Schritt). Diesem Umstand wird man Rechnung tragen müssen, und im öffentlichen wie wirtschaftlichen Interesse liegt es, nach Mitteln und Wegen zu suchen, diese kleinen Sparver nach Möglichkeit zu befriedigen und den Sparern weiter zu pflegen. Es dünne sich nicht darum handeln, daß man voll und ganz aufwerke, die Verhältnisse seien nicht dazu geeignet. Die Einführung der Rentenversicherung habe jedermann deutlich unsere Armut vor Augen geführt. Es werde schwer fallen, den vielen Wunden der Sparver gerecht zu werden, aber es müsse etwas geschehen, allerdings wird es langsam gehen, bis die Mittel nach und nach verfügbar seien. Im Hinblick auf unsere außerordentlichen Verhältnisse in Sachen der Reparationsfrage dürfte es sich empfehlen, wenn wir nicht zu sehr im Geldbeutel herumrühren, um im Ausland keine falschen Eindrücke zu erwecken. Aber der Gedanke der Aufwertung müsse nachhaken.

Der Hauptredner ging mit den Ausführungen des Vortragenden im allgemeinen einig. Gerade das Beispiel von den kleinen Sparver sei ein Beleg für den Rechtsgrundriss von Treu und Glauben im Verkehr. Wegen der Bedenken gegenüber dem Ausland führte Redner weiteren schlichten Weg, Reparationen und dabei hat ihr doch gar keine Schulden mehr, weil das Reich, die Staaten und Gemeinden sich infolge der Inflation davon gedrückt haben. Gerade aus dem Grunde müssen wir auf Aufwertung gegenüber diesen Körperlichkeiten bestehen, dann können diese sagen, wir haben noch Schulden. Im Schadensersatz von Verfalls ließe, daß das Reich nur nach Leistungsfähigkeit zu bezahlen habe, und bei dieser Leistungsfähigkeit ist zu berücksichtigen, was der deutsche Bürger leisten kann. Wenn man aber den deutschen Bürger verhungern läßt, kann er nicht bezahlen. Wir müssen gerade nach außen zeigen, wir lassen uns nicht verhaben, sondern wir haben auf unsere Rechte und verlangen, daß in erster Linie geordnete Verhältnisse geschaffen werden, dann können wir bezahlen. Es versteht sich auch gar nicht mit der Aufwertung, es kommt zunächst

darauf an, daß die Gläubiger von den Schuldnern den Zins bekommen, damit sie leben können. Wie ungerührt sich die Körperschaften verhalten, dafür sei ein Beweis das Verhalten der Stadt Stuttgart. Diese habe im Jahr 1900 Anleihenemission für ihr Gaswerk herausgegeben. Auf den Prospekten stand, daß für deren Sicherheit das gesamte Vermögen und die Steuern der Stadt Stuttgart haften. 1923 kündigte die Stadt das Geld zur Einziehung und sagte den Gläubigern, es tut uns leid, aber wir haben das Recht zu kündigen, und ihr bekommt Papiermark dafür bezahlt. Auf den Prospekten stand, daß der Prospekt der Gemeinderat, 50 Prozent Aufgeld zu bezahlen und den Termin hinauszuschieben. Jetzt benötigt die Stadt ein neues Anleihen für das Gaswerk, und auf den Prospekten steht bezüglich der Sicherheit Wort für Wort, was auf den Prospekten von 1900 stand. Und da soll der Sparer noch Vertrauen zu einer solchen Körperschaft haben. Auch das Verhalten der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Germania“ erzeuge eine recht abfällige aber berechtigte Kritik. Die Gesellschaft hatte Gläubigern geschrieben, daß deren Versicherungsverträge fällig seien. Als letztere Aufwertung verlangten, antwortete sie, Mark ist gleich Mark. Weil sie das Geld aber wegen des Wertes nicht schicken könne, habe sie die Gläubiger bitten, ein Aufwertungsantrags an den Sitz der Gesellschaft zu kommen, eine unerbittliche Forderung. Die gewünschte Absicht des Bundes der Sparver, beratende Unternehmen selbst in die Hand zu nehmen, habe bei den Kreditinstituten ihre Wirkung nicht verfehlt, denn dann hätten diese nicht mehr zu tun.

Der Vorsitzende schlug nunmehr vor, zur Gründung einer Ortsgruppe zu streben, welche dem Bund der Sparver beitreten soll. Um die Sache finanziert zu können, sei vom Bund ein einmaliges Eintrittsgeld von 1 Mark und ein monatlicher Beitrag von 50 Pf. vorgeschlagen. Wer nicht in der Lage sei, zu bezahlen, könne immerhin beitreten. Sache der Ortsgruppe sei es denn, ihre Vorstandsfunktion zu bestimmen. Er, der Vorsitzende, werde dazu kaum in der Lage sein, weil seine Stellung als Grundbesitzer der Interessen-Kollisionen zwischen Gläubigern und Schuldner sich nicht damit vertragen dürfte. Auf die in Umlauf gelehren Listen schrieben sich 54 Personen als Mitglieder ein. Die Wahl der Vorstandsfunktion bleibt einer späteren Zusammenkunft vorbehalten.

Württemberg.

Dornhan, 29. Jan. (Holzverkauf.) In den Stadt Gemeindevorständen kamen 462 Meter Tannenholz zum Ausschrei. Es wurden 180 pro Raummeter 9-12 Mark, Durchschnittspreis pro Raummeter 10,40 Mark, Höchstpreis für 3 Raummeter 28 Mark.

Stuttgart, 29. Jan. (Tarif für Industrieangestellte.) Da in den Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen noch nicht über alle Punkte Uebereinstimmung erzielt werden konnte, hat die Vereinigung Biert, Arbeitgeberverbände, um Studienarbeit in der Angelegenheit zu vermeiden, von sich aus eine Gehaltstabelle aufgestellt, nach der die Gehaltsregelung und Abrechnung für Januar vorzunehmen ist. Die Gehälter gehen in Gruppe A von 3 bis 95 Mark, in Gruppe B von 55 bis 115 Mark, in Gruppe C von 131 bis 162 Mark, in Gruppe D von 197 bis 210 Mark. Beihilfen erhalten 10 bis 70 Mark.

Stuttgart, 30. Jan. (Warum das Schweinefleisch billiger wird.) In den letzten Wochen sind in verschiedenen Schlacht- und Fleischhandlungen Schweine aus dem Ausland, teils lebend, teils geschlachtet, eingeführt worden. Es handelt sich hauptsächlich um Schweine aus Schweden und Holland. Die Schweine befanden sich in bestem Zustand, das Fleisch war von bester Beschaffenheit. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß das Fleisch von Auslandsschweinen einen süßlichen und trüben Geruch aufweise. Dies ist aber, wie eingehende, an dem Fleisch angestellte Versuche gezeigt haben, nicht der Fall. Die Preisfrage war unter dem Gesichtspunkt der Inlandsproduktion, so daß in nächster Zeit eine weitere Preissteigerung für Schweinefleisch mit Sicherheit anzunehmen ist.

Reutlingen, 30. Jan. (Wenn man nicht genug bekommt.) Am 25. Januar fand hier die Jagdversteigerung statt, zu der etwa 20 Viehhändler erschienen waren. Höchstbietender mit 700 Goldmark veräußerte der feierliche Viehhändler, Knobelher Schäfer von Reutlingen. Obwohl dieser Betrag sehr hoch ist, so er er dem Gemeinderat doch noch zu nieder, um die Genehmigung auszusprechen zu können. Der Antrag wurde also nicht erteilt und in der Annahme, daß sich die Jagdliebhaber weiter hineinsetzern, wurde die sofortige Abhaltung eines weiteren Versteigerungstermins beschlossen. Aber o weh! Die Wahl hatte der Gemeinderat Reutlingen die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn nachdem der Gemeinderatsbeschluss bekannt gegeben war, erklärten die Jäger einmütig, im neuen Termin ein Gebot nicht mehr abzugeben und verzichen somit auch ferner den Sitzungslokal. Der Gemeinderat hatte nun das Nachsehen und muß die Jagd zur nachmaligen Verwertung ausschreiben lassen. Ob wohl nochmals 700 Goldmark geboten werden, das ist eine Frage; wir glauben es nicht.

Tuttlingen, 29. Jan. (Ein raptaler Schläffenler.) Auf der Straße von Reutlingen nach Tuttlingen wurde bei Dunkelheit der Fahrer eines nicht beleuchteten Schlittens von einem Landjäger angehalten und nach einem Personalien befragt. Anscheinend diese angegeben, überhäufte er den Beamten mit einer Flut von Schimpfwörtern und Beschuldigungen. Als der Beamte sich dies verbat, wachte er ihn und berückte ihn mit Aufbietung aller Körperkraft unter den Schläffen zu werfen. Der Beamte legte sich mit dem Seitengewehr zur Wehr und schlug den Angreifer nieder. Dann sorgte er für ärztliche Hilfe.

Esslingen, 29. Jan. (Ein verdorbenen Nachverwech.) In der Nacht 28 der Untergerichtsgefängnis Stefan Boos von Oberboos aus dem Amtsgerichtsgefängnis entwichen und entwanden. In der im dritten Stock befindlichen Zelle hat Boos einen Teil des Ofens gewaltsam entfernt, ist durch diese Öffnung in den Flurraum gelangt, von wo aus er die Mauer durchdrang, einen aus Bettensack gefertigten Strang am Kreuzstock befestigte und sich daran in den Hof hinunter lassen konnte, wobei der Strang gebrochen und Boos abgestürzt ist. Bei diesem Sturz hat Boos den rechten Fuß gebrochen und konnte deshalb nicht mehr weit flüchten, so daß er in der Stadt aufgegriffen werden konnte.

Heidenberg, 30. Jan. (Eisenbahnunfall.) Bei der unweit Unterbiegen gefundenen Leiche eines jungen Mannes handelt es sich nicht um einen Selbstmord, sondern um einen Unfall. Der 17-Jährige alte Baderlehrling Franz Kell, der bei einem Badermeister in Heidenberg in der Lehre stand, wollte am Montag morgen zwischen Niederbiegen und Heidenberg in den schwebenden Personenzug springen. Da die große Brücke des Bades diesen unüberlegten Plan natürlich nicht zuließ, wurde der junge Mann etwa 18 Meter weit geschleift, wobei ihm die Trittbreiter die Hüfte brachen und er schwere Verletzungen am Oberschenkel durch die Schienenstrahlen erlitt. Jedenfalls wurde er, nachdem ihn die Kräfte verlassen, von einem Trittbreiter auf das andere Weis geworfen, wo er bewußtlos liegen blieb und der kurze Zeit nachher von ihm her kommende Zug ihn dann den Kopf zertrat. Die sichtlich sürgereichte Leiche wurde ins Leichenhaus nach Weingarten gebracht.

Bemerktes.

Wochfranz im Leipziger Messermarkt. Dienstag mittig fiel das Leipziger Tarnierhaus im Leipziger Messermarkt einem

Wiesenbrand zum Opfer. Beim Eintreffen der Feuerwehr drangen bereits dicke Rauchwolken aus den Fenstern des ersten Stockwerks, in dem sich ein Cafe und ein Kabinett befanden, so daß die Löschmannschaften nur von außen bei mit Hilfe der mechanischen Leitern an den Brandherd gelangen konnten. Es gelang nach längerer Zeit, die Flammen zunächst niederzulassen, doch hatte die Wirt bereits die Decke des Raumes durchbrochen und in wenigen Minuten schlugen die Flammen in dem darüber gelegenen Cafe in die Höhe. Als Brandursache wird kurzschluß bezeichnet. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Ein Schouberger. Ein Geschäftsmann in der Nähe von Weinheim wußte kürzlich seine Briefkasten recht praktisch zu verwenden. In der Zeit, als der neue Dollarkurs von besonderer Wichtigkeit war, übergab er jemand in der Stadt angestellten Bruder eine Briefkassette, welche die 18 Kilometer lange Strecke zwischen der Stadt und dem kleinen Wohnort des Geschäftsmannes in 15 Minuten zurücklegte. Trotz unruhiger Reibung erreichte das Schreiben glatt sein Ziel. Fast sechs Wochen hindurch hat die Briefkassette trotz meist schlechten Wetters dem Geschäftsmann wertvolle Dienste geleistet.

Tannen-Nadeln als Todesursache. Vor kurzem erkrankte in München ein Hund unter Anzeichen der Tollwut. Seine Stimme wurde heiser und er nahm keine Nahrung mehr auf; schließlich verendete das Tier. Vier Personen, die mit dem Hund in Verbindung gekommen waren, mußten sich zur Beobachtung ins Krankenhaus begeben. Die Untersuchung des Hundes ergab indessen nicht Tollwut, sondern hatte ein überaus trügerisches Ergebnis. Das Tier hatte Tannen-Nadeln, die von einem Christbaum abgefallen waren, gefressen, und diese Tannen-Nadeln wurden die Ursache der tödlichen Erkrankung.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 30. Jan. (Börsenbericht.) An der heutigen Börse war das Geschäft sehr ruhig. Immerhin konnten sich die meisten Werte behaupten. Im Freiverkehr hat sich die Stimmung nicht geändert. Von Banken gewonnenen Notenbank 5 (75). Von Textilwerten profitierten Unterhosen 7 (72), Wollewaren Weilerstadt 2 (33), während Pfeffer 2 verlor (31), ebenso Ver. Filz (38). Von sonstigen Werten zogen an D. Verlag 2 (36), Dohner 4 (44).

Heilbronn, 30. Jan. (Weinversteigerung.) Die Wein-Genossenschaft versteigerte im Saal des Redarthotels die Hälfte ihres Weinvorrats: Zum Verkauf kamen 12 hl Schwarz-Riesling und gelöst wurden 124-131 Mark. Trollinger wurden 21 hl verkauft zum Preis von 131 bis 146 Mark. Weißwein mit Riesling wurden 15 hl zu 106-108 Mark verkauft und Riesling wurden 60 hl zu 135-145 Mark je 1 hl verkauft. Die Weine wurden rasch abgesetzt und waren von durchweg guter Qualität.

Waldsee, 30. Januar. (Schweinemarkt.) Auf dem Schweinemarkt betrug der Preis für 1 Paar Ferkel 25 bis 40 Mark, Läufer 60 Mark. — Butter kostete 1,30 bis 1,40 das Pfund, Eier 14-15 Pfennig das Stück.

Ludwigsburg, 30. Jan. (Schweinemarkt.) Auf dem Schweinemarkt wurde für ein Läuferferkel 22-32, für ein Milchschwein 8-20 Mark erzielt. Der Verkauf ging nur langsam von statten.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 30. Jan. Die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat im Landtag folgenden dringlichen Antrag eingebracht: Die Regierung zu eruchen, sie wolle im Hinblick auf die am 1. Februar 1924 in Kraft tretende starke Erhöhung der Tarife für Arbeiterfahrkarten bei der Reichsregierung alsbald für die Verabschiedung dieser Tarife auf ein mit den gegenwärtigen Lohnsätzen zu vereinbarendes Maß mit Nachdruck eintreten.

München, 31. Jan. Das bayerische Staatsministerium hat beschlossen, die drei bei Ausbruch der Revolution neu errichteten Ministerien für Landwirtschaft, für Industrie, Handel und Gewerbe und für soziale Förderung auf Grund des vom Landtag am 21. Dezember 1923 angenommenen Gesetzes, wonach die Zahl der Ministerien von 8 auf 5 zu verringern ist, aufzulösen. Das Ministerium für Landwirtschaft und Soziales soll als eigene Abteilung dem Ministerium des Innern einverleibt werden, das Handelsministerium als eigene Abteilung dem Ministerium des Reichens.

Rohheim, 30. Jan. Der Bürgermeister von Rohheim und jetzige Separatistenführer Gumbinger, der sich durch zahlreiche Ausweisungen von Bürgern verhasst gemacht hat, ist gestern abend gegen 7 Uhr auf der Straße durch Revolvergeschüsse schwer verletzt worden. Die Täter sind unbekannt entkommen.

Röln, 31. Jan. Der Streik im rheinischen Kohlenbergbau hat sich noch verschärft. In den letzten noch arbeitenden Gruben „Donatus“ haben gestreikte ortsfremde Ausländer in großer Zahl die arbeitende Belegschaft von ihrer Arbeitsstelle vertrieben und den Betrieb stillgelegt.

Dortmund, 29. Jan. Im hiesigen französischen Polizeigefängnis befinden sich etwa 230 Personen, von denen erst ein kleiner Teil abgeurteilt worden ist.

Berlin, 30. Jan. Zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und Gewerkschaftsvertretern fand gestern eine Aussprache über die Frage des 9-Stundentages bei der Reichsbahn statt. Das Reichsverkehrsministerium erklärte sich bereit, für den 9-Stundentag 8 Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten für die 9. Arbeitsstunde nicht nur den vollen Stundenlohn, sondern noch einen Ueberstundenzuschlag. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wird jetzt wahrscheinlich die vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagene Lohnregelung auf dem Verhandlungswege durchgeführt werden.

Berlin, 31. Jan. Im Sparauschuss des Reichstages erfolgte die Prüfung des Abbaues der Reichsanleihe, wo bis zum 1. April 1924 an Beamten und Angestellten 15 Prozent eingespart werden sollen. Beim Personal des Reichstages selber erreicht man einen Abbau an Beamten, Angestellten und Arbeitern von insgesamt rund 15 Prozent. — Nach Dr. Marx lehnte jetzt auch die Zentrumsfraktion des Reichstages es ab, Arnold Reckberg über seine Reparationspläne zu hören. — Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse erhebt in einem Rundschreiben an alle Welt

(schärfsten Einspruch über der Pfalz. — Die von polizei dürfte im freien Bestands wieder nach in Hannover erhängte scheinen wegen zerrütteter jährigen Sohn und ihm elf Jahren, um sich der Chemann heimlich schwache Lebenszeichen

Hirschberg in Sa. Streiks bei der Aufsch hat der Arbeitgeberverb beschloffen, in allen ausgenommen Br Auslieferung begann etwa 500 Betrieben

Wien, 30. Jan. Kammerung einen mußte aus der Sitzung Das Kabinett Bismarck das Vertrauensvotum

Newport, 30. J. rican“ aus Washington Auswärtigen Aussch der Ausschuss möge zugunsten der eingeleit — Dem Ausschuss lie von 20-70 Millionen

Stuttgart, 30. Jan. kommunistische Antrag Steiner und Schmid in tungen abgelehnt und der Straßverfolgung d Schmid während der wurde in die zweite Re bei besonders bemerk (Soz.) war, die die W scherte. Ebenso wie v Ministerium Dr. Diebe wenn sich das Gesel a könne. Längere und t gen gab es über die K Umform von einer ein Die Sozialdemokratie Anglistprodukt der Kir zur Terrorisierung un trittwilligen bemüß t Seite als ein Schuß g sbrungene Ausritte er Andre (Str.) die Kirch vorgegeben wurde. S zur Annahme, wodurch die Austrittserklärung ten sollte, fiel. Morgen gelebt.

Stuttgart, 30. Jan. Staatsministerium an einen Wunsch er Auf von Gründe der auf d Beamtengehälter, in d regierung dahin, daß d werden des Schwereits dem Beamtenabbaue be scher, Siller und Wibe neuer Fraktionsmöglich tag wolle beschließen, d nicht einen Gesetzesent gebar die Handelszelle wegen Verlangens Verneinung der Abge nedergrüßungen werde (BR.) haben folgende tigte Aufhebung vieler Landgemeinden führt i Benachteiligung der rium bereit, dafür ein ten bleiben?

Stuttgart, 30. Jan. haben im Landtag folg betreiben des Selbst für die nationale Ver fierungen zur Pflicht, Clere zu fähren. In Reichsregierung darf beschämende Handlung nnahme an dem Unter deutschen Luftschiffen

Stuttgart, 30. Jan. 23. November, bei den Nationalsozialisten vor vor der Strafkammer, sieben Angeklagte 14 3 Wochen Gefängnis i Bestäubung fallen. D nächst aus, weil es di würdig gefährt hielt sigen, Annehmungen, freiem Dinnies), wegen sei nicht von Militär des Militärbeschloße Der Wehrkreisoffizier kommen werden, ob u nicht ist sei, seine Weh satzten.

Stuttgart, 30. Jan. Hildensbrand vollendet ist an der sozialdemo betag hervorgegangen. leber auf der Wandbe r Mitglied der Redaktio er in den Landtag ein. Nachdem er 1902 aus d getreten war, gründete er die Leitung des Lit Deutlich und nach der würt. Gefandtschaft in

Kirchheimbolanden.



